

Niederschrift über die 5. Sitzung des Kreistages am Mittwoch, dem 25.06.2025, ab 17:00 Uhr in der Aula der Sekundarschule "Carl von Clausewitz" - Europaschule - in Burg, Straße der Einheit 35 a

Anwesenheit der Mitglieder des Kreistages

Landrat

Herr Dr. Steffen Burchhardt

Fraktion "Wir für das Jerichower Land"

Herr Willy Buchheim

Herr Kay Gericke

Frau Nicole Golz

Herr Jens Hünerbein

Frau Doreen Krüger

Herr Daniel Ladwig

Frau Cathleen Lüdicke

Frau Maria Pfannkuchen

Frau Marion Schnoor

Herr Marko Simon

Herr Philipp Stark

Herr Otto Voigt

CDU-Fraktion

Herr Matthias Fickel

Herr André Gröpler

Herr Andreas Hille

Herr Andy Martius

Herr Wolfgang März

Herr Alexander Otto

Herr Frank-Michael Ruth

Herr Prof. Axel Teichert

Herr Gerry Weber

Herr Frank Winter

Fraktion AfD

Frau Birgit Albrecht

Herr Raimond Bach

Herr Denny Bardehle

Herr Frank Endert

Herr Thomas Kindel

Herr Gordon Köhler

Herr Gerald Lauenroth

Herr Jan Scharfenort

Herr Maik Tietze

Frau Anna-Lena Titze

- | | | |
|------|--|--------------------|
| 6.1. | Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2025 | 01/075/25/2 |
| 7. | 1. Änderung der Besetzung des Beirates der Justizvollzugsanstalt | 01/079/25 |
| 8. | 1. Änderung zur Besetzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse MagdeBurg | 01/081/25 |
| 9. | Förderung der Energieeffizienz in öffentlichen Nichtwohngebäuden (ÖFFIZIENZ) von 3 Objekten des Landkreises | 01/077/25 |
| 10. | Zweckvereinbarung Archivangelegenheiten mit der Stadt Burg | 01/078/25 |
| 11. | Beauftragung des Landkreises zur Überprüfung der Zukunftssicherheit der Integrierten Rettungsleitstelle des Landkreises Jerichower Land. | 01/082/25 |
| 12. | Widerruf der Berufung der Stellvertreterin des Kreiswahlleiters und Berufung der neuen Stellvertreterin des Kreiswahlleiters | 01/083/25 |
| 13. | Antrag der Fraktion AfD - Transparente Gebührenkalkulation und Umsetzung der gesetzlich geforderten Prüfrechte bei der AJL GmbH | AG/12/25 |
| 14. | Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen | |
| 15. | Anfragen und Anregungen | |
| 16. | Schließen des öffentlichen Teils | |
| 20. | Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse | |
| 21. | Schließen der Sitzung | |

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit

Der stellv. Vorsitzende des Kreistages eröffnet die Sitzung um 17:02 Uhr und stellt die form- und fristgerechte Ladung fest.

Bei der Anwesenheit von 36 beschließenden Mitgliedern stellt er die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

TOP 2

Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Der stellv. Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass ein Änderungsantrag zur Tagesordnung vorliegt.

Die Verwaltung beantragt die aktualisierte Beschlussvorlage 01/075/25/2 „Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2025“ unter TOP 6 nebst der als Tischvorlage nachgereichten Einsparvorschläge zur behandeln. Die Beschlussvorlage 01/075/25/1 ist von der Tagesordnung zu nehmen.

Der stellv. Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass es keine weiteren Änderungsanträge gibt.

Der Kreistag stimmt der geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

TOP 3

Einwohnerfragestunde (soll auf höchstens 30 min begrenzt sein)

Der stellv. Vorsitzende des Kreistages stellt fest, eine schriftlichen Einwohneranfrage vorliegt (siehe TOP 3.1.).

TOP 3.1

EF/02/25

Einwohneranfrage zur Sekundarschule Brettin

Vorlage: EF/02/25

Der Landrat nimmt Stellung zu den in der Einwohneranfrage aufgeführten Fragen. Die Stellungnahme ist in **Anlage 1** der Niederschrift beigefügt.

Frau Scheck, Vorsitzende des Elternrats der Sekundarschule Brettin, schildert die Verärgerung der Eltern und die Gründe hierfür. Sie möchte wissen, ob bereits eine Schulsozialarbeiterin für die Sekundarschule Brettin/Genthin eingestellt wurde. Sie berichtet, dass die im Jahr 2024 versprochene Begleitung der Schulfusion durch den Landkreis für die Eltern nicht wahrnehmbar ist. Des Weiteren bittet sie um Benennung der Gründe, warum die Einschulung der neuen 5er Klassen so kurzfristig mit den Eltern abgestimmt wurde und betont, dass die Sekundarschule in Brettin auf jeden Fall einzügig erhalten bleiben soll.

Herr Martius betritt um 17:06 Uhr den Sitzungsraum.

Der Landrat führt aus, dass der Landkreis als Schulträger nicht in die Abläufe der Schule eingebunden ist. Diesbezüglich hat der Landkreis keinerlei rechtliche Handhabung. Die zur Begleitung der Schulfusion zugesagte Schulsozialarbeiterin hat ihre Arbeit Mitte Juni aufgenommen.

Der Landrat beantragt das Rederecht für die Schulleiterin Frau Gellrich. Dieses wird einstimmig erteilt.

Frau Gellrich, Schulleiterin der Sekundarschule Brettin/Genthin, betont, dass der Landkreis sehr wohlwollend und umfassend bei der Fusion der beiden Sekundarschulen unterstützt. Sie führt zu den rechtlichen Grundlagen und Erlassen aus, welche bei der Bildung von Schulklassen zu beachten sind. Es fand ein reger Austausch mit den Eltern der neuen 5er Klassen statt, bei dem die Vor- und Nachteile einer Beschulung in Brettin erörtert wurden. Die betroffenen Eltern entschieden sich während des Austauschs mehrheitlich für eine Beschulung in Genthin. Sie berichtet, dass die absolute Schülerzahl erst seit Montag endgültig vom Landesschulamt vorgelegt wurde. Der mit den Eltern erfolgte Austausch erfolgte schnellstmöglich, sobald die ersten Schülerzahlen und damit auch die Klassenbildungen bekannt waren.

Der stellv. Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass keine weiteren Einwohneranfragen vorliegen und schließt die Einwohnerfragestunde.

TOP 4

Abstimmung über die Niederschrift der Sitzung vom 26.03.2025 - öffentlicher Teil -

Der stellv. Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass gegen die Niederschrift vom 26.03.2025 keine Einwendungen nach der Geschäftsordnung vorliegen.

Der Kreistag beschließt die Niederschrift einstimmig.

TOP 5

I/03/25

Sitzungskalender 2026

Vorlage: I/03/25

Es wird angemerkt, dass der Sitzungskalender in Mandatos nicht einsehbar ist. Der Sitzungskalender wird daraufhin in Papierform im Laufe der Sitzung ausgeteilt und an alle Gremienmitglieder am 01.07.2025 per Mail versandt.

Zurückgestellt.

TOP 6

01/075/25/1

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2025

Vorlage: 01/075/25/1

Zurückgezogen.

TOP 6.1

01/075/25/2

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2025

Vorlage: 01/075/25/2

Der Landrat zeigt auf, welche Änderungen und Anpassungen nach der Sitzung des Kreisausschusses in der Beschlussvorlage eingearbeitet wurden. Zu der als Tischvorlage ausgehändigten Liste mit Einsparvorschlägen führt er detailliert aus.

Herr Fickel berichtet, dass die Fraktion CDU dem im Haushalt vorgesehenen Personalaufwuchs nicht zustimmen wird. Er stellt einen Antrag, die 18,8 Stellen mit einem Sperrvermerk zu versehen um in einem gesonderten Termin diese ausführlich zu diskutieren. Er bittet die Verwaltung die Notwendigkeit der Stellen in diesem Termin zu begründen.

Der Landrat fragt zum besseren Verständnis nach, wie der Sperrvermerk zu verstehen ist, da unterschiedliche rechtliche Folgen möglich sind, welche den zeitlichen Ablauf beeinträchtigen können. Er betont, dass während der Aufstellung des Haushaltes bereits genau abgewogen wurde, welche Stellen tatsächlich notwendig sind. Übrig geblieben sind diese 18,8 Stellen. Ebenfalls im Fokus bei der Abwägung der Stellennotwendigkeit waren die möglichen Auswirkungen auf die Bürger. Diese sollten bei eventuellen Stellenreduzierungen nicht unbeachtet bleiben. Er spricht sich für eine klare Kommunikation nach außen in Bezug auf Veränderungen im Stellenplan aus.

Herr Fickel kündigt an eine Auszeit zu beantragen, sobald auch die anderen Fraktionen ihre Sichtweise zum Haushalt dargelegt haben. Er spricht sich für die Einstellung eines Controllers oder die Beauftragung eines externen Controllings durch eine Firma aus, welche sich auch den Personalaufwand anschaut. Aus seiner Sicht ist eine Kürzung der Personalkosten in Höhe von 1 Mio EUR sowie die Streichung des ASP Schutzzaunes in Höhe von 200.000 EUR ein guter Lösungsansatz für einen genehmigungsfähigen Haushalt. Seiner Meinung nach, ist dies im Kreisausschuss so beschlossen worden.

Der Landrat führt aus, dass im Kreisausschuss kein Beschluss getroffen wurde, an welcher Stelle die Einsparmaßnahmen stattfinden müssen. Es handelte sich lediglich um einen Vorschlag von Herrn Hünerbein und Herrn Gericke, 1 Mio EUR im Bereich des Personalwesens

und den ASP-Schutzzaun einzusparen. Beschlossen wurde, dass der Haushalt eine Kreisumlage in Höhe von 39% vorsieht und die Verwaltung Einsparungsvorschläge in die Sitzung des Kreistages einbringen soll.

Herr Hünerbein betont das Interesse der Fraktion „Wir für das Jerichower Land“ einen Haushalt für den Landkreis am heutigen Abend zu beschließen. Die ausgehändigte Liste wird aus der Sicht seiner Fraktion als gut empfunden. Er spricht sich ebenfalls für einen Sperrvermerk der 18,8 zusätzlichen Stellen aus und begrüßt eine offene Diskussion in einem separaten Termin.

Der Landrat informiert das Gremium, dass ein Sperrvermerk lediglich eine interne, gegenüber dem Landesverwaltungsamt jedoch keinerlei, Wirkung entfaltet. Er gibt auch zu bedenken, dass bei den 18,8 Stellen auch Stellen dabei sind, für die der Landkreis Fördermittel erhält.

Herr Henning sieht die Erweiterung des Personalstandes ebenfalls als kritisch an. Er deutet das Einreichen einer Rüge in Bezug auf § 55 KVG LSA „Beschlussfähigkeit“ an.

Herr Scharfenort übergibt die Sitzungsleitung an seinen Stellvertreter Herr März und teilt mit, dass er nur beim Personal Einsparpotential sieht. Er weist daraufhin, dass das Rechnungsprüfungsamt die Wirtschaftlichkeit der Stellen prüfen könnte.

Herr Otto wirbt dafür, die Kürzungen in Bezug auf den Plenarsaal im Kreishaus in Genthin zu überdenken. Dieser stellt einen wichtigen gesellschaftlichen Ort für Veranstaltungen in der Region dar.

Herr Weber möchte wissen, welche Auswirkungen bzw. welchen Mehrwert der Stellenaufwuchs für die Bürger hat.

Der Landrat weist auf die im Haushaltsplan detaillierte Aufschlüsselung hin. Hier wird klar definiert, wo die zusätzlichen Stellen benötigt werden. Weitere Ausführungen zu den Auswirkungen für die Bürger, bei Nichtbesetzung der Stellen, kündigt er für den gemeinsamen Termin an.

Herr Gericke bedankt sich für die kurzfristige Erstellung der Liste mit den Einsparvorschlägen. Ein Vergleich, gerade in Personalangelegenheiten zwischen Verwaltung und der freien Wirtschaft ist aus seiner Sicht schwierig, da die Verwaltung gezwungen ist, gesetzliche Aufgaben zu erfüllen. Eine Steuerung der gesetzlichen Aufgaben liegt nicht in der Hand der Verwaltung, vielmehr werden die Aufgaben durch das Land oder den Bund der Verwaltung auferlegt.

Der stellv. Vorsitzende führt zur im Raum stehenden Rüge durch Herrn Henning aus, dass es keine rechtliche Grundlage für eine mögliche Rüge gibt, da die Beschlussfähigkeit zu Beginn der Sitzung bereits festgestellt wurde.

Frau Herrmann wünscht sich eine konkrete Aussage und die Festsetzung eines Termins zur Diskussion der 18,8 Stellen und der Personalkosten. Als Teilnehmerkreis werden die Mitglieder des Kreisausschusses und die Fraktionsvorsitzenden vorgeschlagen.

Frau Titze führt zum Änderungsantrag der Fraktion AfD aus **(Anlage 2)**. Im Ausschuss für Bildung und Kultur wurden die Förderungen im Rahmen der Kulturförderrichtlinie vorgestellt. Das CoSy Festival ist hierbei mit einem Betrag in Höhe von 1.700 EUR berücksichtigt. Diesem

stimmt die Fraktion AfD nicht zu und steht gemäß dem Änderungsantrag eine Umverteilung der Gelder an.

Der Landrat führt zur Kulturförderrichtlinie des Landkreises aus. Der nun gestellte Änderungsantrag ist in der Sitzung des Kreistages und in Bezug auf den Haushalt sachlich nicht richtig. Er schildert den Abwägungsprozess, welcher für die Vergabe der Fördermittel als Grundlage dient. Eine Prüfung, ob die Mittel wie im Förderantrag angegeben, verwendet werden, erfolgt über einen Verwendungsnachweis. Diesen müssen die Vereine im Nachgang der Veranstaltung einreichen. Sollten die Mittel nicht für den angegebenen Zweck oder die Veranstaltung nicht mehr förderfähig sein, müssen die Fördermittel an den Landkreis zurückgezahlt werden.

Der stellv. Vorsitzende übergibt die Sitzungsleitung an seinen Stellvertreter Herr März.

Herr Scharfenort gibt an, dass der Antrag der AfD durchaus den Haushalt des Landkreises betrifft und damit abgestimmt werden muss.

Herr Köhler stellt den Antrag auf Reduzierung der Kulturförderung um 1.700 EUR, da eine Umverteilung nicht möglich ist. Er weist daraufhin, dass es sich bei der Vorlage im Ausschuss für Bildung und Kultur lediglich um eine Informationsvorlage handelte und nicht um eine Beschlussvorlage, womit seiner Ansicht nach, kein Beschluss gefasst wurde.

Herr Martius verlässt die Sitzung um 18:27 Uhr.

Herr Lauenroth fragt nach, ob der Landrat nicht hätte widersprechen müssen, da eine Beschlussfassung in einem beratenden Ausschuss stattfand,

Der Landrat führt aus, dass in der Sitzung des Kreistages vom 27.09.2017 die Mitglieder des Kreistages mit Beschluss über die Kulturförderrichtlinie die Entscheidung über die Verteilung der Fördermittel an den Ausschuss für Bildung und Kultur übertragen hat. Dies ist im Rahmen der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur geschehen. Ein Widerspruch seinerseits ist daher nicht notwendig.

Frau Ackermann weist darauf hin, dass der durch die AfD vorgebrachte Änderungsantrag bereits in der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur hätte eingebracht werden müssen. Aus ihrer Sicht wäre es sinnvoll gewesen, im Rahmen dieses Ausschusses ausführlich darüber zu diskutieren, und nicht eine Entscheidung des Ausschusses im Nachgang im Kreistag anzuzweifeln oder verändern zu wollen.

Herr Hünerbein teilt mit, dass der Antrag der Fraktion AfD um Reduzierung der Mittel für die Kulturförderung um 1.700 EUR zulässig ist, dies aber nicht wie gewünscht die Folge hat, dass die Förderung des CoSy-Festivals damit gestrichen ist. Vielmehr müssten im Rahmen der Prioritätenliste, bei einer Zustimmung des Antrages, Kürzungen vorgenommen werden.

Herr Fickel spricht sich für eine erneute Prüfung der Zuwendungsfähigkeit bei Einreichung und Prüfung des Verwendungsnachweises aus. Er bittet die Fraktion AfD den Antrag zurückzunehmen.

Herr Fickel stellt den angekündigten Antrag zur Unterbrechung der Sitzung für 10 Minuten.

Dem Antrag wird einstimmig stattgegeben.

Die Sitzung wird von 19:00 Uhr bis 19:10 Uhr unterbrochen.

Herr Fickel teilt mit, dass die Fraktion CDU an ihrem Antrag, die 18,8 zusätzlichen Stellen mit einem Sperrvermerk zu versehen festhält. Als Teilnehmerkreis für eine gemeinsame Diskussion werden die Mitglieder des Kreisausschusses und des Finanzausschusses vorgeschlagen. Der Termin hierfür soll zeitnah festgesetzt werden.

Der Landrat signalisiert, dass nach einem passenden Termin nach den Ferien geschaut wird. Er weist daraufhin, dass jedes Mitglied des Kreistages an diesem Termin teilnehmen kann.

Herr Hünenbein, kündigt an, dass die Fraktion „Wir für das Jerichower Land“ dem Haushalt in Verbindung mit dem Sperrvermerk zustimmen wird.

Herr Köhler informiert, dass der Änderungsantrag, die im Haushalt eingeplante Summe der Kulturförderrichtlinie in Höhe von 20.000 EUR um 1.700 EUR zu reduzieren, erhalten bleibt.

Der stellv. Vorsitzende bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion AfD, die im Haushalt bereitgestellten Mittel für die Kulturförderrichtlinie in Höhe von 20.000 EUR auf 18.300 EUR zu kürzen.

abgelehnt: Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 24 Enthaltung: 2

Der stellv. Vorsitzende bittet um Abstimmung über den Antrag der Fraktion CDU, die im Haushaltsplan ausgewiesenen 18,8 zusätzlichen Stellen mit einem Sperrvermerk zu versehen.

beschlossen: Ja-Stimmen: 34 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 2

Der Kreistag beschließt die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 einschließlich dem Abwägungsverfahren zur Festsetzung der Kreisumlage unter Berücksichtigung der vom Landrat in der Kreistagssitzung nachgereichten Einsparvorschläge sowie die im Haushaltsplan ausgewiesenen 18,8 zusätzlichen Stellen mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Nach Abwägung der im Beteiligungsprozess ermittelten finanziellen Belange und Finanzbedarfe der kreisangehörigen Gemeinden und des Landkreises beschließt der Kreistag im Rahmen seines Gestaltungsspielraumes, dass die Umlagesätze der Kreisumlage in der Haushaltssatzung einheitlich auf 39,00 v.H. festgesetzt werden.

Der 24. Beteiligungsbericht des Landkreises Jerichower Land wird zur Kenntnis genommen.

mit Änderung beschlossen: Ja-Stimmen: 23 Nein-Stimmen: 11 Enthaltung: 2

TOP 7

01/079/25

1. Änderung der Besetzung des Beirates der Justizvollzugsanstalt

Vorlage: 01/079/25

Der Kreistag beschließt die 1. Änderung der Besetzung des Beirates der Justizvollzugsanstalt Burg.

Dieser setzt sich wie folgt zusammen:

**Herr Marco Gravert
Herr Erik Stephan
Frau Gabriele Herrmann
Herr Lutz Nitz
Herr Frank Endert
Herr Heiko Jerkowski**

beschlossen: Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

TOP 8

01/081/25

**1. Änderung zur Besetzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse MagdeBurg
Vorlage: 01/081/25**

Der Kreistag Jerichower Land benennt als Mitglieder für die Vertretung in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse MagdeBurg folgende Vertretungen des Landkreises Jerichower Land gemäß § 4 Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 und 5 der Satzung des Zweckverbandes für die Sparkasse MagdeBurg:

als Hauptverwaltungsbeamter:

Bereich	Mitglied	Stellvertretung
Landrat des Landkreises Jerichower Land	Herr Dr. Steffen Burchhardt	

durch den Kreistag zu bestimmen:

Fraktion	Mitglied	Stellvertretung
Wir für das Jerichower Land	Herr Jens Hünérbein	Frau Doreen Krüger
	Herr Philip Stark	Herr Marko Simon
CDU	Herr Wolfgang März	Herr Frank-Michael Ruth
	Herr André Gröpler	Herr Andy Martius
AfD	Herr Jan Scharfenort	Herr Maik Tietze

beschlossen: Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

TOP 9

01/077/25

**Förderung der Energieeffizienz in öffentlichen Nichtwohngebäuden (ÖFFIZIENZ) von 3 Objekten des Landkreises
Vorlage: 01/077/25**

Der Kreistag beschließt die Beantragung von Fördermitteln gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Energieeffizienz in öffentlichen Nichtwohngebäuden und öffentlichen Infrastrukturen (ÖFFIZIENZ) für die nachfolgenden Objekte:

- Verwaltungsgebäude Bahnhofstraße 9 Haus 1
Ertüchtigung Gebäudehülle und Anlagentechnik**
- BBS Sporthalle „Täve Schur“ Burg
energetische Dachsanierung in Verbindung mit einer Photovoltaikanlage**
- Kreishaus Genthin
Sanierung Dach/Glasfassade Foyer und Treppenhaus inkl. Verschattung**

beschlossen: Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

TOP 10

01/078/25

Zweckvereinbarung Archivangelegenheiten mit der Stadt Burg
Vorlage: 01/078/25

Der Kreistag beschließt den Abschluss der als Anlage beigefügten Zweckvereinbarung mit der Stadt Burg in Archivangelegenheiten

beschlossen: Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

TOP 11

01/082/25

Beauftragung des Landkreises zur Überprüfung der Zukunftssicherheit der Integrierten Rettungsleitstelle des Landkreises Jerichower Land.
Vorlage: 01/082/25

Der Kreistag beschließt, die Kreisverwaltung, im Besonderen das Amt für Brand, - Katastrophenschutz und Rettungswesen, mit der Überprüfung der Zukunftssicherheit der integrierten Rettungsleitstelle zu beauftragen.

beschlossen: Ja-Stimmen: 35 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1

TOP 12

01/083/25

Widerruf der Berufung der Stellvertreterin des Kreiswahlleiters und Berufung der neuen Stellvertreterin des Kreiswahlleiters
Vorlage: 01/083/25

1. Der Kreistag widerruft die Berufung von

Frau Angela Sürig, Juristische Sachbearbeiterin, zur Stellvertreterin des Kreiswahlleiters

gemäß § 9 Abs. 1 Kommunalwahlgesetz für das Land Sachsen-Anhalt (KWG LSA) für die Restdauer der Wahlperiode des Kreistages.

2. Der Kreistag beruft gemäß § 9 Abs. 1 Kommunalwahlgesetz für das Land Sachsen-

Anhalt (KWG LSA) für die Restdauer der Wahlperiode des Kreistages

Frau Tina Loeding, Juristische Sachbearbeiterin, zur Stellvertreterin des Kreiswahlleiters.

beschlossen: Ja-Stimmen: 34 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

TOP 13

AG/12/25

Antrag der Fraktion AfD - Transparente Gebührenkalkulation und Umsetzung der gesetzlich geforderten Prüfrechte bei der AJL GmbH

Vorlage: AG/12/25

Der stellv. Vorsitzende übergibt an Herrn März, seinen Stellvertreter, die Sitzungsleitung,

Herr Scharfenort führt zur Antrag aus und kehrt danach ins Präsidium zurück und nimmt die Sitzungsleitung zurück.

Herr Stark verlässt die Sitzung um 19:15 Uhr.

Herr Winter verlässt den Sitzungsraum um 19:33 Uhr und kehrt um 19:40 Uhr wieder zurück.

Der Beigeordnete nimmt Stellung zum Antrag. Die Stellungnahme ist als **Anlage 3** der Niederschrift beigefügt.

Der stellv. Vorsitzende übergibt die Sitzungsleitung erneut an seinen Stellvertreter Herr März.

Herr Scharfenort berichtet, dass die Zielsetzung des Antrages eine Kostenminimierung für die Bürger beabsichtigt. Herr Scharfenort fragt nach, ob er richtig verstanden hat, dass auf der Gesellschafterversammlung vom 11.11.2024 einstimmig zugestimmt wurde, den genannten Prüfeinrichtungen die Befugnisse zur Prüfung einzuräumen. Er möchte wissen, ob eine Änderung des Gesellschaftervertrages bereits vorgenommen wurde.

Herr Heinrich führt aus, dass eine Änderung des Gesellschaftervertrages hinsichtlich der Prüfrechte nicht erfolgt ist. Die Prüfrechte wurden im Rahmen eines Gesellschafterbeschlusses beschlossen und erteilt.

Der Landrat schildert den Nutzen und Wert der AJL für den Landkreis. Auch auf die gute Zusammenarbeit mit den weiteren Gesellschaftern geht er ein. Er appelliert an die Mitglieder des Kreistages die AJL nicht in Misskredit zu bringen. Er unterbreitet den Vorschlag, ein gemeinsames Gespräch mit Remondis und dem Geschäftsführer Herrn Gehm im Rahmen des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten, um einen besseren Einblick in die Tätigkeit der AJL zu bekommen.

Herr Hünerbein lobt die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung. Nach seiner Auffassung sind die Fragen vollumfänglich beantwortet worden. Daher fragt er nach, ob die Fraktion AfD an ihren Antrag festhält.

Herr Scharfenort sieht den Landkreis als Gesellschafter mit 51% der Anteile in einer starken Verhandlungsposition und wünscht sich, dass der Landkreis diese auch im Sinne der Bürger einsetzt. Der Antrag der Fraktion AfD wird daher aufrechterhalten, lediglich die Punkte 3 und 4 des Antrags bzgl. der Prüfrechte werden gestrichen.

Der Landrat signalisiert, die Wünsche den Geldbeutel der Bürger maximal zu schonen, verstanden zu haben. Die Verwaltung prüft seit Jahren jede Möglichkeit zur Erhöhung des Wettbewerbs in der Abfallwirtschaft und zur Verringerung der Abfallgebühren. Der einzige Weg Gewinne in der Abfallwirtschaft vollständig zu vermeiden, wäre die Rekommunalisierung dieser Dienstleistung. Er rät dringend davon ab, weil wichtige Synergieeffekte dann verloren gehen. Durch eine Aufgabe der Anteile an der rAJL würde man zudem auf die anteiligen Gewinnausschüttungen aus den gewerblichen Dienstleistungen der AJL verzichten, was den Haushalt weiter belastet. Er führt aus, dass die Dienstleistungen, welche die AJL für den Landkreis erbringt immer durch den Landkreis ausgeschrieben werden müssen. Es ist nicht möglich eine Ausschreibung mit der Bedingung durchzuführen, dass die sich bewerbende Gesellschaft nichts daran verdienen darf. Sein Ziel ist es ebenfalls, im Rahmen seiner Möglichkeiten, den Geldbeutel der Bürger bestmöglich zu schonen.

Herr Gericke stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Er stellt den Antrag die Debatte zu beenden.

beschlossen: Ja-Stimmen: 34 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1

Der zweite stellv. Vorsitzende stellt den geänderten Antrag der Fraktion AfD wie folgt zur Abstimmung:

Der Kreistag beschließt den Antrag der Fraktion AfD AG/12/25 wie folgt:

1. Aktualisierte Gebührenkalkulation gemäß KAG LSA:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, gemäß § 6 des Kommunalabgabengesetzes Sachsen-Anhalt (KAG LSA) und in enger Abstimmung mit der Abfallwirtschaftsgesellschaft Jerichower Land mbH (AJL), eine aktualisierte Kalkulation der Abfallgebühren für den Landkreis vorzulegen. Diese Kalkulation hat insbesondere die im Jahr 2024 erzielten Mehrerlöse sowie die absehbaren Überschüsse der kommenden Jahre zu berücksichtigen. Ziel ist die Einhaltung des kommunalen Kostendeckungsprinzips und die Entlastung der Bürger durch möglichst geringe und nachvollziehbare Gebühren

2. Prüfung und Anpassung der Gesellschaftsstruktur zur Gebührenstabilität:

Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zur Weiterentwicklung der Gesellschafterstruktur und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der AJL zu unterbreiten, um eine dauerhafte Gebührenstabilität sicherzustellen. Dabei sind insbesondere folgende Maßnahmen zu prüfen:

- a) Einführung einer Gewinnobergrenze (z.B. maximal 5 % auf die kalkulierten Gesamtkosten) mit verpflichtender Rücklagenbildung bei Überschüssen,
- b) Umstellung auf ein fest kalkuliertes Vergütungssystem für REMONDIS als privaten Dienstleister anstelle gewinnabhängiger Ausschüttungen,
- c) strikte Trennung zwischen hoheitlicher Gebührenerhebung durch den Landkreis und gewerblichen Leistungen durch REMONDIS bzw. die AJL.

5. Sperre erfolgsabhängiger Sondervergütungen:

Etwaige erfolgsabhängige Sondervergütungen an Mitglieder der Geschäftsführung der AJL GmbH sind bis zur Umsetzung der Ziffern 1 bis 4 sowie bis zur abschließenden Bewertung der aktualisierten Gebührenkalkulation durch den Kreistag vollständig auszusetzen.

mehrheitlich abgelehnt: Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 25 Enthaltung: 0

TOP 14

Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen

Der Landrat gibt einen aktuellen Sachstand zur Ausgabe der Bezahlkarte im Landkreis. Zum jetzigen Zeitpunkt hat der Landkreis 310 Bezahlkarten ausgegeben. Die Zahl steigt jedoch kontinuierlich aufgrund ankommender Transfers und Leistungsempfänger, die zum Beispiel durch Kündigung eines bestehenden Arbeitsverhältnisses wieder zurück in den Leistungsbereich fallen.

Er informiert die Mitglieder des Kreistages ebenfalls über den aktuellen Stand der Arbeitsangelegenheiten. Hier gibt es im Moment zwei Arbeitsgelegenheiten. Eine stellt die Stadt Burg (Einsatzbereich: Bauhof – Grünanlagenpflege) und eine wird vom Landkreis gestellt (Einsatzbereich: Gemeinschaftsunterkunft Burg – Grünanlagenpflege).

Im Nachgang zur letzten Sitzung des Kreistages führt der Landrat aus, dass der dort gefasste Beschluss bezüglich des erweiterten Prüfauftrages des Rechnungsprüfungsamtes nur für den Landkreis gilt.

Die beschlossene Erweiterung des Prüfauftrages des Rechnungsprüfungsamtes gilt **nicht** für die Gemeinden des Landkreises.

Der Landrat verlässt die Sitzung um 19:50 Uhr.

TOP 15

Anfragen und Anregungen

Herr Endert informiert den Kreistag, dass händeringend Busfahrer im Jerichower Land gesucht werden. Da einige Busfahrer bei der NJL nicht zufrieden sind, sieht er eine große Gefahr, dass Busfahrer abgeworben werden und der Fahrplan dann aufgrund von Personalmangel gefährdet wird.

Herr Henning überbringt den Dank des Ortschaftsrates Ferchland zum der Erhalt der Fähre Ferchland/Grieben bis 2030. Er bittet um Auskunft, welche es Pläne bezüglich des Motormanagements für die Fähre in Zukunft gibt und ob die nächste Überprüfung des TÜV bereits geplant ist.

Der Beigeordnete berichtet, dass die technische Durchsicht im dafür vorgesehenen Zeitraum stattfindet und die Zukunftsfähigkeit der Fähre gesichert ist.

Herr Henning regt des Weiteren an, die Öffnungszeiten der Sporthalle der Sekundarschule Parey für Senioren zu erweitern. Er könnte sich einen gemeinsamen Sportunterricht von Schülern und Senioren gut vorstellen.

Der Beigeordnete berichtet, dass die Sporthalle der Sekundarschule Parey durch den Landkreis für den Sportunterricht nur gemietet ist. Für die weitere Nutzung ist die Gemeinde Elbe-Parey zuständig.

Herr Henning bemängelt, dass es keine weiteren Informationen zur Weiterbetreuung der Bürger Kinderstation gab.

Der Beigeordnete informiert, dass die Klinikleitung der Helios Klinik im vergangenen Ausschuss für Soziales und Gesundheit zu Gast war und umfassend zum aktuellen Stand und der Zukunft ausgeführt hat.

TOP 16

Schließen des öffentlichen Teils

Der stellv. Vorsitzende des Kreistages schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:00 Uhr.

Frau Albrecht verlässt den Sitzungsraum.

TOP 20

Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Der stellv. Vorsitzende des Kreistages stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her und gibt bekannt, dass im nicht öffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst wurden.

TOP 21

Schließen der Sitzung

Der stellv. Vorsitzende des Kreistages schließt die Sitzung um 20:05 Uhr.

Jan Scharfenort
Stellv. Vorsitzender

Sabrina Rösler
Protokollführerin